

Ercheint
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Potsdamer Straße 26,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition. Berlin W., Potsdamerstr. 26

Fernsprech Anschluss Amt VIII. Nr. 671.

Nr. 150.

Berlin Sonnabend, den 17. Dezember 1892.

36. Jahrg.

Abonnement-Einladung.

Wir bitten unsere verehrten Leser beim bevorstehenden Quartalswechsel die Erneuerung des Abonnements auf das erste Quartal 1893 (Preis 1 Mark 25 Pf. excl. Briefporto) recht bald bei den kaiserlichen, den Land-Briefträgern oder unseren Expeditionen bewirken zu wollen, damit in der regelmäßigen Zustellung des Blattes keine Unterbrechung stattfindet.

Das „Teltower Kreisblatt“ (amtliches Organ für den Teltower Kreis) erfreut sich einer großen Beliebtheit in einem weitverbreiteten Leserkreise.

Allezeit treu für Kaiser und Reich erstrebt das „Teltower Kreisblatt“, sich streng an die Tatsachen haltend, seinen Lesern auf allen Gebieten das Neueste und Wissenswertheste bieten zu können.

Im Rahmen der Politik erörtert in kurzer und sachgemäßer Weise das „Teltower Kreisblatt“ alle europäischen Fragen und politischen Ereignisse unter spezieller Verwertung von telegraphischen Nachrichten.

Parlamentsberichte des „Teltower Kreisblatts“ unterrichten den Leser von dem Gang der Verhandlungen in den Volks-Vertretungen.

In den Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz bringt das „Teltower Kreisblatt“, unterstützt von vielen Korrespondenten in den einzelnen Distrikten, alle sich ereignenden Begebenheiten im Kreise etc.

Weiter bringt das „Teltower Kreisblatt“ unter Aus der Reichshauptstadt und Verschiedenes das Beachtenswertheste aller Tagesneuheiten. In der Rubrik Gerichtsverhandlungen finden die jeglichen diesbezüglichen Mittheilungen Aufnahme.

Der Handelsstich des „Teltower Kreisblatts“ bietet neben dem Coursbericht die Marktberichte der landwirthschaftlichen Erzeugnisse sowie des Central-Viehmarktes in Berlin.

Das besonders sorgsam gepflegte Feuilleton des „Teltower Kreisblatts“ enthält stets belle Originalromane von außerordentlicher Spannung. Als Extra Gratisebeilage des „Teltower Kreisblatts“ erscheint in jeder Sonnabend-Nummer die „Sonntags-Ruhe“.

Das „Teltower Kreisblatt“ enthält ferner die ausführlichen Ziehungslisten der preussischen Lotterien sowie das Repertoire der Berliner Theater.

In dem Anzeigenthail finden Inserate durch die große Verbreitung des „Teltower Kreisblatts“ im Kreise und darüber hinaus die allergrößte Aufmerksamkeit.

Die Expedition.

Amtliches.

Berlin, den 10. Dezember 1892.

Nach Nr. G. VII. der Anweisung zur Ausführung des Gesetzes, betr. Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 1. Juni 1891 haben die Distriktpolizeibehörden alljährlich im Monat Dezember der höheren Verwaltungsbehörde (Regierungs-Präsident) eine Uebersicht der in ihren Verwaltungsbezirken vorhandenen Fabriken u. s. w. in denen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, nach dem durch diesseitige Zirkular-Versendung vom 31. Mai d. J. L. 3241 mitgetheilten Formular J. einzureichen.

Da mir diese Nachweisung bisher erst von 2 Behörden zur Weiterbeförderung an den Herrn Regierungs-Präsidenten vorgelegt worden ist, ersuche ich die nach ausstehenden Polizei-Verwaltungen und Herren Amts-Vorsteher, nummehr schleunigst die fragliche Angelegenheit zu erledigen und mir die Uebersicht bestimmt bis 27. d. Mts. einzureichen.

Sollte die Vektore in einzelnen Fällen etwa bereits dem Herrn Regierungs-Präsidenten direkt übermittelt worden sein, ist mir ein Duplikat mit einem bezüglichen Vermerk vorzulegen.

Endlich mache ich noch besonders darauf aufmerksam, daß diese Uebersicht mit der bereits im Sommer d. J. nach Formular B. bezw. C. eingereichten nicht identisch ist und deshalb auch die Einsendung derselben nicht unterbleiben darf.

Der Landrath. Stubenrauch.

Bekanntmachung

betreffend den Schluß der kleinen Jagd.
Für den Regierungsbezirk Potsdam wird die Jagd auf Auer-, Wild- und Fasanenbennen, Haselwild, Wachteln und Fasen mit Ablauf des
Dienstag, den 17. Januar 1893

Potsdam, den 8. Dezember 1892.

Der Bezirksauschuß.
von Demik.

Veröffentlicht.

Berlin, den 13. Dezember 1892.

Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 16. Dezember 1892.

Zu den Stadtgemeinden Coepenick, Teltow, Zossen, Mittenwalde, Trebbin und Teupitz sowie in den Landgemeinden Friedenau, Schmaragdendorf, Dt.-Wilmerdorf, Zehlendorf, Nowawes, Neuen-dorf, Steglitz, Gr.-Nichterfelde, Schöneberg, Marien-dorf, Lantow, Marienfelde, Tempelhof, Rixdorf, Britz, Treptow, Adlershof, Alt-Glienide, Neu-Glienide, Grünau, Johannisthal, Nieder-Schöne-weide, Schmückwitz, Zeuthen, Miersdorf, Königs-Wusterhausen und im Gutsbezirk Spanbauer-Forst wird der Betrieb der Handelsgewerbe am Sonntag, den 18. d. M. bis 10 Uhr Abends gestattet.

Die Herren Amts- und Gemeindevorsteher ersuche ich, für die möglichste Weiterverbreitung dieser Bekanntmachung schleunigst Sorge zu tragen.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 16. Dezember 1892.

Diesem Magistrate, Gemeinde- und Guts-vorstände, welche mit der Einreichung der Dtsch-Listen über die am 1. d. Mts. stattgehabte Viehzählung noch im Rückstande sind, ersuche ich, mit dieselben binnen längstens 3 Tagen einzufenden.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 12. Dezember 1892.

Seitens der Königlichen Intendantur des III. Armee-Korps sind an Vergütung für geleistete Fournage während der Monate August-September d. J. zur Zahlung angewiesen worden:

für die Stadt Coepenick	755,84 Mk.
Teupitz	40,47
Trebbin	1,14
Zossen	7,42
Gemeinde Alt-Glienide	278,56
Nichterfelde	510,57
Mariendorf	474,48
Saalow	100,87
Schöneberg	155,93
Schulzendorf b. R. W.	2,43
Steglitz	145,96

Die betreffenden Magistrate und Gemeinde-Vorstände ersuche ich, die Untervertheilung dieser Beträge an die Empfangsberechtigten bewirken zu wollen.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
Stubenrauch, Landrath.

Berlin, den 13. Dezember 1892.

Seitens der Königlichen Intendantur des III. Armee-Korps sind an Vergütung für geleistete Fournage während der Monate August und September d. J. zur Zahlung angewiesen worden:

für die Stadt Coepenick	909,08 Mk.
Mittenwalde	184,11
Teltow	71,83
Gemeinde Brunsdorf	77,36
Dahlewig	39,62
Gallun	60,53
Glasow	139,11
Groß-Beeren	72,72
Groß-Westen	90,79
Groß-Kienitz	12,39
Grünau	291,98
Guhrow	139,43
Mariendorf	308,70
Miersdorf	68,48
Wohen	79,45
Ragow	147,54
Rogitz	71,85
Siechen	34,05
Stahnsdorf	71,83
Steglitz	140,88
Teupitz	64,31
Dt.-Wilmerdorf	143,86
Bünsdorf	155,11
das Gut Klein-Machnow	5,13
Osdorf	58,01
Ruhlsdorf	140,21

Die betreffenden Magistrate, sowie die Gemeinde- und Guts-Vorstände ersuche ich, die Untervertheilung dieser Beträge an die einzelnen Empfangsberechtigten bewirken zu wollen.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
Stubenrauch, Landrath.

Berlin, den 14. Dezember 1892.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen:
unter dem Rindviehbestande des Gutsbesizers Ernst Zoepfler zu Teltow.

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen:
unter dem Rindviehbestande des Dominikus Jühnsdorf.

Der Landrath. Stubenrauch.

Personal-Chronik.

Der Amtsekretär Fritz Steffieu ist zum Steuer-Erheber der Gemeinde Britz gewählt und als solcher bestätigt und vereidigt worden.

Nichtamtliches.

Rundschau.

Deutsches Reich.

— Unser Kaiser arbeitete am Donnerstags Vormittag mit dem Kriegsminister v. Skatten-born und mit dem Chef des Militärkabinetts. Sodann kamen der Kaiser und die Kaiserin von Potsdam nach Berlin, nahmen im Opern-haus den neuen Vorhang in Augenschein und entsprachen einer Einladung des Erbprinzen von Meiningen zur Tafel. Nach Aufhebung derselben wohnten die kaiserlichen Majestäten im Berliner Theater einer Wohlthätigkeitsvorstellung bei. Am Nachmittag ist der Kaiser sodann zur Abhaltung von Jagden nach Lezlingen abgereist.

— Der neue Entwurf von Beges für das Nationalbankmal Kaiser Wilhelms I. in Berlin, der vom Kaiser zur Ausführung auf der Schloßfreiheit genehmigt ist, soll nach der Frankf. Ztg. 16 Millionen Mark kosten.

— Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Ergänzungsteuer vollendet. Damit ist zunächst noch nicht die grundsätzliche Zustimmung zu der Vermögenssteuer ausgesprochen, vielmehr wird diese erst heute oder morgen auf Grund des Vergleiches mit dem in einigen Punkten wesentlich veränderten Vermögenssteuerentwurf und den Vorschlägen der Subkommission betrefis Vorbestimmung der jüdischen Einkommen im Rahmen der Einkommensteuer aufzuheben werden. Die Veränderungen, welche der Entwurf erfahren hat, sind ohne Ausnahmen Erleichterungen gegenüber der Vorlage.

— Der Post wird geschrieben: Zu denjenigen Punkten der Militärvorlage, hinsichtlich deren die Möglichkeit einer Verständigung in erster Linie mit, wenn nicht als gegeben zu betrachten, dann zu erstreben sein dürfte, gehören nach Ansicht vieler Kreise die Ersatz-Eskadrons und bis zu einem gewissen Grade die vierten Bataillone.

— Ehe die Militärvorlage ausgearbeitet wurde, mußten natürlich Erhebungen und praktische Versuche über die Kompensationen ange-stellt werden, die bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit nötig wären. Wie der Reichskanzler am Dienstag mittheilte, liegen 31 Gutachten der oberen Kommandostellen vor. Die 31 Stellen, soweit sie auch in Einzelheiten auseinander gehen, stimmen darin überein, daß der gegenwärtige Zustand der Ausbildung unbefriedigend, ungleichmäßig, für die Kräfte des Ausbildungspersonals erschöpfend ist — über die Frage ist kein Zweifel. Dann kommen 10 Stellen, die suchen Abhilfe dieser geschilderten Umstände in der vollen Durchführung der dreijährigen Dienstzeit bei gleichzeitiger Verklärung der Armee — zweifellos militärisch das wünschenswertheste Ziel, finanziell nicht erreichbar. Dann kommen 21 Stellen, die geben die Möglichkeit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit unter bestimmten Voraussetzungen zu. Zu diesen Voraussetzungen rechnen sie die Vermehrung des Ausbildungspersonals die Erhöhung der Etatsstärke Entlastung von Kommandos, Arbeitsdienst und noch eine Menge anderer Kleinigkeiten. Also die Behauptung, daß die vorgesezten Nutzungen nicht gehört worden wären und sich abfällig geäußert haben, ist, wie der Kanzler ausführte, nicht richtig. Faktisch liegt die Sache so: 10 Stellen von den 31 haben Unmöglichkeit verlangt, und 21 Stellen haben sich im Wesentlichen mit dem jetzt vorgelegten einverstanden erklärt; alle aber haben sich gegen den gegenwärtigen Zustand der verklärten dreijährigen Dienstzeit erklärt.

Frankreich.

— Die Meldungen über den Panama-Skandal lauten von Tag zu Tag böser: Der in die Geschichte verwickelte und deshalb aus dem Amte geschiedene Finanzminister Rouvier wird noch Nachfolger erhalten; es werden noch weitere zwei Minister beschuldigt, anrüchige Personen beschützt zu haben, wofür sie in geeigneter Weise entschädigt worden seien. Es werden bereits abermalige Demissionsgesuche angekündigt, welche mit der Sache zusammenhängen. Gehen die Dinge so weiter, dann kracht das ganze Kabinet zusammen und am Ende findet man überhaupt keinen ehrlichen Minister mehr.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

Berlin 14. Dezember.

— Die erste Beratung der Militärvorlage ist am Mittwoch zu Ende gekommen. Abgeordneter Hanfner (Volkspartei) erachtet die Annahme in der vorliegenden Form für unmöglich, und da der Reichskanzler bisher daran festhalte, so könne es scheitern, der Kanzler wolle sterben. Die Volkspartei wolle bewilligen, was bei Uebergang zur zweijährigen Dienstzeit erforderlich sei, mehr nicht. Abg. Frhr. von Rankeuffel (konf.) wird sich durch die neuen Bemerkungen des Reichskanzlers über den konservativen Parteitag nicht beeinflussen lassen. Die konservative Partei treibe keine demagogische Agitation, und ebensoviele mache sie ihre Stellung zur Militärvorlage von der Einführung der Doppelwährung abhängig. Reichskanzler Graf Caprivi antwortet, er habe letzteres gar nicht behauptet, er habe nur auf die beständigen Ausführungen des Abg. v. Kardorff hingewiesen. Er freue sich zu hören, daß die konservative Partei keine demagogische Agitation treiben werde. Auf dem Parteitag seien Verstärkungen gefallen, die Besorgniß erwecken könnten. Abg. Frhr. v. Stauffenberg (frei.) ist gegen die Vorlage, die im ganzen Lande die peinlichsten Empfindungen hervorgerufen, und kann nur bewilligen, was zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei heutiger Friedensstärke erforderlich sei. Abgeordneter Lieber (Zentrum) betont ebenfalls, daß seine Partei nicht weiter gehen könne. Die Vorlage, wie sie heute sei, sei geradezu unerträglich in ihren Kosten. Die Ursachen der heute bestehenden Mißstimmung seien wesentlich vom früheren Reichsregiment verurteilt. Redner erklärt, die deutschen Katholiken dächten gar nicht daran, unter Gefährdung des Dreibundes die territoriale Unabhängigkeit des Papstes zu fordern. Abg. v. d. Decken (Welfe) erklärt die Militärvorlage in gegenwärtiger Form für unannehmbar. Abg. v. v. Carola (lib.) wünscht eine Verständigung über die Vorlage, meint aber, unsere Verbündeten müßten auch etwas mehr thun. Abg. Dsjan (natlib.) erwidert dem Abg. Lieber, die heutige Mißstimmung habe ihren Ursprung in dem in der ganzen Welt vorhandenen wirtschaftlichen Niedergange. Redner hofft immer noch auf eine Einigung über die Militärvorlage. Die Debatte wird geschlossen, worauf die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen wird. Abg. v. d. Decken konstatiert, daß seinen Freunden, den Antifemiten, durch den Debatenschluß das Wort abgeschnitten ist. Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antifem.) beantragt Einstellung des gegen den Abg. Alwardt schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session. Der Antrag wird mit 114 gegen 100 Stimmen (gegen Konservative, Nationalliberale, Freisinnige) genehmigt.

Berlin, 15. Dezember.

— Am Donnerstag beriet der Reichstag den Gesetzentwurf betr. Ersatzvertheilung, mit dem sich die Abgg. Richter (frei.), v. d. Schulenburg (konf.), Müller (natlib.), im Allgemeinen einverstanden erklärten. Der Entwurf wurde dann der gestern beschlossenen Militärkommission überwiesen. Alsdann wurde die am vorigen Freitag abgeschlossene erste Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch (lex Heine) fortgesetzt. Abg. Horwich (frei.) hält die Vermehrung der heute ungeheuer überbürdeten Strafrichter für das Dringendste. Dann werde die Justiz ihre Vorlagen schon erfüllen können. In seiner gegenwärtigen Form sei das Gesetz einseitig. Geh. Rath Lucas erklärt die Angaben des Vorredners für übertrieben. Der Entwurf treffe Bestimmungen zur Bekämpfung offenkundiger Mißstände, das sei durchaus in der Ordnung. Die Fassung des Gesetzes sei eine so präzise, daß keinerlei Mißbräuche zu befürchten sind. Abg. Nitzel (Gr.) wünscht größere Freiheit für die Kirchengemeinschaften zur Bekämpfung der Unfruchtlichkeit und hält in Fällen besonderer Noth die Prügelstrafe für ganz angemessen. Abg. v. Hahn (konf.) und Bischoff (natlib.) sind mit den Hauptpunkten der Vorlage einverstanden. Abg. Stadthagen (Soz.) bekämpft dieselbe, weil der Ursprung der Unfruchtlichkeit nur in der heutigen Gesellschaftsordnung liege. Geh. Rath v. Sente tritt Angriffen des Vorredners auf die deutsche Justiz mit Entschiedenheit entgegen. Abg. v. Hebel (Soz.) macht vom Standpunkte seiner Partei noch verschiedene Ausstellungen an dem Gesetzentwurf, der hierauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen wird. Alsdann verlegt der Reichstag sich bis zum 10. Januar 1893, zu welchem Tage nach dem Wiederzusammentritt des Hauses die erste Beratung der neuen Brauereivorlage beginnen soll.

Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz.

Teltow, 16. Dezember.

— Der „Allgemeine Deutsche Gewerbeverein“ hat bereits in etwa 60 Städten eine Petition an den Reichstag in Sachen der Sonntagruhe vorbereitet; es sind hierunter größere Städte allein mit je 1000 Unterschriften vertreten.